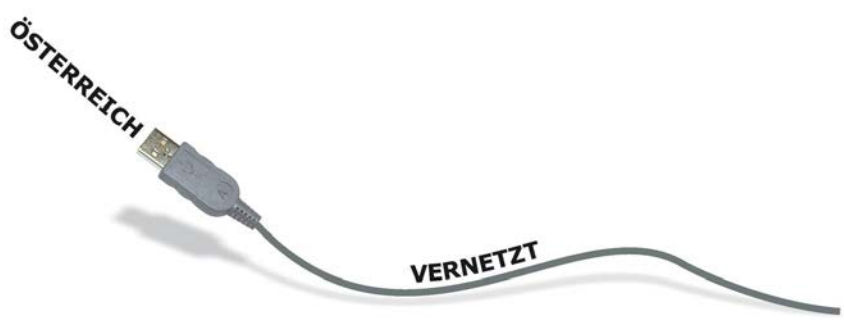


**Newsletter**

**IKT-News**  
**Ausgabe März 2012**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>NEWS VON ALLGEMEINEM INTERESSE .....</b>	<b>3</b>
Zentrales Personenstandsregister .....	3
Bürgerkarte / Handy-Signatur .....	3
Open Government Data .....	5
E-Government ABC 2011 .....	6
Webseite „ <a href="http://www.digitales.oesterreich.gv.at">http://www.digitales.oesterreich.gv.at</a> “ .....	6
Neuer Projektauftrag: „Servicecockpit“ .....	6
E-Government-Gleichwertigkeitsverordnung .....	6
<b>VERWALTUNGSINTERNE NEUIGKEITEN .....</b>	<b>7</b>
Digitales Österreich – Klausur 2012.....	7
IKT-Konsolidierungsgesetz .....	7
GovCERT Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems .....	7
IKT Sicherheitsstrategie – Cyber Security Strategie.....	8
Cyber-Sicherheits-Krisenmeeting .....	8
NATO Partnership for Peace .....	9
Der österreichische CERT-Verbund .....	9
Smartphone-Policy.....	10
Arbeitsgruppe „Gesicherte Kommunikation“ eingerichtet.....	10
Federate Managed Authentication System for ECAS – ISA .....	10
Styleguide für E-Formulare auf mobilen Endgeräten .....	10
Bundesclient erfolgreich definiert .....	11
<b>INTERNATIONALES .....</b>	<b>12</b>
E-Government Ministerkonferenz in Poznan, Polen .....	12
Messe – „Moderner Staat“, Berlin .....	14
Large Scale Piloten .....	18
SPOCS .....	18
STORK .....	18
E-Government Lösungen für Griechenland .....	18
Übersicht von Delegationen .....	19
<b>IMPRESSUM &amp; OFFENLEGUNG .....</b>	<b>20</b>



## News von allgemeinem Interesse

### Zentrales Personenstandsregister

Mit dem Vortrag an den Ministerrat vom 5. Juli 2011 (MR 108/21) beschloss die Bundesregierung die Einrichtung eines zentralen Personenstandsregisters (ZPR) beim Bundesministerium für Inneres. In zwei Workshops im Mai und im Juni dieses Jahres wurde ein umsetzungsreifes Konzept, ein „Big Picture“, erstellt, das in weiterer Folge in einen konkreten Projektauftrag mündete.

Das im Herbst vom BMI gestartete Projekt befasst sich mit der Konzeption und Errichtung eines zentralen Personenstandsregisters. Der erwartete Nutzen des Projektes liegt in einer Effizienzsteigerung bei den Personenstandsprozessen im Sinne der Verwaltungsreform (Minimierung der Mitteilungen zwischen Behörden und dadurch Reduktion von Kosten und Aufwand).

Für die BürgerInnen bedeutet die Umsetzung des Projektes den Wegfall des Urkundennachweises, den Zugang zu Dokumenten unabhängig von örtlichen Gegebenheiten und die Zeiterparnis, die sich aus One-Stop-Verfahren ergibt. Das Projekt ist Teil der konsequenten Umsetzung des E-Government Strategie des Bundes.

Als Ergebnis des Projekts wird der bundesweite Einsatz des ZPR erwartet, wobei als Einsatzzeitpunkt der 1. April 2013 angestrebt wird.

### Bürgerkarte / Handy-Signatur

Bislang sind knapp 50.000 Handy-Signaturen aktiviert. Pro Monat schalten aktuell rund 4.000 Personen Ihre Handy-Signatur frei. Verantwortlich dafür sind die verstärkten Marketingaktivitäten der Plattform Digitales Österreich und Ihren Kooperationspartnern aus der Verwaltung und Wirtschaft sowie die deutliche Ausweitung der Freischaltemöglichkeiten.

Derzeit gibt es vier unterschiedliche Wege, wie Sie kostenlos zu Ihrer Handy-Signatur kommen können:

- Die Aktivierung des Mobiltelefons zur Bürgerkarte kann sehr rasch mithilfe einer bestehenden Bürgerkarte (aktivierte e-card) bzw. eines aktivierten Mobiltelefons über [www.Handy-Signatur.at](http://www.Handy-Signatur.at)<sup>1</sup> erfolgen.
- Eine weitere Möglichkeit der Aktivierung besteht darin, dass Sie mit Ihren herkömmlichen Login-Daten bei [FinanzOnline](#)<sup>2</sup> einsteigen und dort die Schaltfläche „Handy-Signatur aktivieren“ betätigen. Dieser Teil des Aktivierungsprozesses ist in wenigen Minuten erledigt.

Etwa zwei Tage später erhalten Sie per (normaler) Papierpost einen Aktivierungscode, mit dem der Aktivierungsvorgang abgeschlossen wird.

- In nur wenigen Schritten können Sie Ihre Handy-Signatur auch bequem online über [www.sendstation.at](http://www.sendstation.at)<sup>3</sup> selbst aktivieren. Alles was Sie dazu benötigen, ist ein Online-Banking Zugang zu einem Konto über welches Sie alleine verfügen.
- Für jene, die ein persönliches Beratungsgespräch bevorzugen, gibt es ein wachsendes Netz von Registrierungsstellen. Die Handy-Signatur kann mittlerweile österreichweit in allen Finanzämtern<sup>4</sup> kostenlos aktiviert werden. Auf der Website von A-Trust finden Sie die aktuelle Liste der Registrierungsstellen<sup>5</sup>



Mit den steigenden Aktivierungszahlen wird das Werkzeug „Handy-Signatur“ auch für private Unternehmen immer interessanter. Einen ersten Schritt in Richtung bestmögliche Sicherheit und Zuverlässigkeit von Cloud-Services setzte das Bundeskanzleramt am 25. November gemeinsam mit dem Zertifizierungsanbieter A-Trust und dem europaweit tätigen Cloud-Anbieter Fabasoft. Mittels Handy-Signatur als standardisierte „Digital-ID“, konnte die einfache, sichere und authentische Nutzung von Cloud-Services realisiert werden. Nach der Anmeldung mittels Handy-Signatur wird die Anwenderin bzw. der Anwender der „**Folio Cloud**“ als vertrauenswürdige Person eindeutig gekennzeichnet. Das gibt den GeschäftspartnerInnen die Gewissheit, dass sich hinter dem Cloud-Account keine andere als die angegebene Person verbirgt.

Den aktuellen Folder zur Handy-Signatur finden Sie [hier](#)<sup>6</sup>. Die aktuellen Logos in druckfähiger Qualität können mittels [Word-Formular](#)<sup>7</sup> unter der E-Mail-Adresse: [i11@bka.gv.at](mailto:i11@bka.gv.at) bezogen werden. Sollten Sie Interesse an der Einrichtung einer Handy-Signatur Registrierungsstelle haben, würden wir Sie bitten, uns zu [kontaktieren](#)<sup>8</sup>.

Unterstützen Sie uns bitte bei der Bewerbung der Handy-Signatur und legen Sie den Handy-Signatur-Folder auch bei Ihnen auf. Sie können den Folder in folgenden Mengen (100, 200,

500 oder 1.000 Stück) in unserem [Webshop](#)<sup>9</sup> anfordern. Die Zusendung erfolgt selbstverständlich kostenlos.

Eine gute Orientierungshilfe für NutzerInnen der Handy-Signatur bieten die neuen Videos zur dazu im YouTube-Kanal der Plattform Digitales Österreich. Diese erklären praktisch und anschaulich eine Auswahl der beliebtesten Anwendungen wie der Meldebestätigung, den Strafreisterauszug oder die PDF-Signatur.

## Open Government Data

Open Government Data (OGD) beruht auf der Grundidee, dass Innovationen und neue Anwendungen entstehen, wenn Daten der öffentlichen Verwaltung für jedermann frei zugänglich gemacht werden. OGD setzt voraus, dass die Daten nicht personenbezogen, frei verfügbar und maschinenlesbar sind, um von Privaten, Interessensgemeinschaften, Wirtschaftstreibenden oder auch der Verwaltung selbst bestmöglich verwendet werden zu können.

Seit Mai 2011 bietet Wien von der Stadtverwaltung gesammelte öffentliche Daten frei zugänglich an. Mittlerweile ist auch die Stadt Linz mit Open Data online. Das Bundeskanzleramt, die Städte Wien, Linz, Salzburg und Graz gründeten im Sommer 2011 gemeinsam die „Cooperation Open Government Data Österreich“ und werden in Kooperation mit den Communities, Wissenschaft, Kultur und der Wirtschaft eine solide Basis für die Zukunft von Open Government Data in Österreich festlegen. Durch die Einigung auf gemeinsame Standards sollen 2012 die notwendigen Rahmenbedingungen und ein gemeinsames OGD-Portal geschaffen werden. Bereits im Herbst 2011 erzielte die Kooperation erste Erfolge in Form der Verabschiedung eines gemeinsamen Standards für Metadaten. Mit Ende April soll das nationale Portal (vorerst in einer Beta-Version) bereitstehen, dieses gibt dann einen kompletten Überblick des OGD Angebots. Mit der breiten Publikation (geplant für Juni) soll auch ein österreichweiter Applikations-Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Darüber hinaus wurden erste Kontakte mit den Aktivitäten der europäischen Kommission zur Schaffung eines pan-europäischen Open Data Portals hergestellt. Um herauszufinden, welche Datensätze als nächste Open Government Datensätze veröffentlicht werden können, führte das Bundeskanzleramt eine Studie gemeinsam mit der Donau-Universität Krems durch, wo alle Ministerien eingeladen wurden, ihre potentiellen Datensätze zu nennen. Diese Studie befasste sich mit der Anbieterseite von Open Government Data. Mit der Nachfrageseite beschäftigte sich eine Umfrage der Stadt Wien, welche jene Kategorien identifizieren sollte, die die Bevölkerung am meisten interessiert. 90 Prozent der 376 Teilnehmer stimmten für Verkehrsdaten.

## **E-Government ABC 2011**

Seit September 2011 ist eine aktualisierte Fassung des E-Government ABC auf der Webseite der Plattform Digitales Österreich als PDF-Dokument<sup>10</sup> in Deutsch und Englisch<sup>11</sup> verfügbar:

Das E-Government ABC bietet einen Überblick über die österreichische E-Government Strategie, die zugrunde liegenden Werkzeuge und die bevorstehenden Herausforderungen. Dabei werden u. a. die Rahmenbedingungen des E-Governments und die Erfolgsfaktoren für die Einführung und Etablierung von E-Government Services betrachtet. Im E-Government ABC wurde erneut eine Struktur gewählt, die sich stark an den Zielgruppen von E-Government orientiert und Informationen spezifisch bündelt.

## **Webseite „<http://www.digitales.oesterreich.gv.at>“**

Im Dezember 2011 erfolgte ein Update des Internetauftrittes der Plattform Digitales Österreich<sup>12</sup>. Die Startseite wurde in ein neues Kleid gehüllt und die Benutzerfreundlichkeit erhöht. Darüber hinaus wird weiterhin wie gewohnt laufend an der inhaltlichen Aktualisierung und an der Bereitstellung relevanter Neuigkeiten gearbeitet.

## **Neuer Projektauftrag: „Servicecockpit“**

Grundlage für den neuen Projektauftrag, der in der BLSG-Sitzung vom 1. März 2012 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, ist der E-Government-Aktionsplan, welcher Aktivitäten zum Thema „Statusverfolgung in Verwaltungsverfahren“ vorsieht. Die österreichische Umsetzung soll maßgeschneiderte (personalisierte) Onlineservices mit Funktionen wie der Nachverfolgung der in öffentlichen Verwaltungen durchgeführten Transaktionen beinhalten. Die Umsetzung soll bis 2013 erfolgen.

## **E-Government-Gleichwertigkeitsverordnung**

Die E-Government-Gleichwertigkeitsverordnung ermöglicht die unmittelbare Verwendung bestimmter elektronischer Identitäten aus anderen EU-Mitgliedstaaten als Bürgerkarte und ist damit ein wichtiger Beitrag zur europäischen Interoperabilität. Durch die Neuregelung des § 6 Abs. 5 des E-Government-Gesetzes wurde die Möglichkeit eröffnet, dass bestimmte ausländische Signatur- bzw. Identitätskarten unmittelbar als Bürgerkarte verwendet werden können, sofern sie mit einem gleichwertigen Nachweis der eindeutigen Identität im Herkunftsstaat verbunden sind und die Gleichwertigkeit den Anforderungen entspricht, die mit der E-Government-Gleichwertigkeitsverordnung festgelegt sind. Derzeit entsprechen die Karten in Belgien, Estland, Finnland, Island, Italien, Liechtenstein, Litauen, Portugal, Schweden, Slowenien und Spanien den Voraussetzungen.

## Verwaltungsinterne Neuigkeiten

### **Digitales Österreich – Klausur 2012**

Wie jedes Jahr wurde auch heuer eine Klausur mit allen CIOs der Bundesministerien, Länder, Städte und Gemeinden durchgeführt. Dabei wurde ein Resümee über das auslaufende Jahr gezogen und die Planung für 2012 festgelegt. Der Bogen der Projekte reicht von Verwaltungsreform, Prioritätslisten des Kompetenzzentrums Internetgesellschaft bis hin zur digitalen Agenda Europas<sup>13</sup>.

### **IKT-Konsolidierungsgesetz**

Im Zuge des 2. Stabilitätsgesetzes die Regierungsvorlage für ein IKT-Konsolidierungsgesetz im Ministerrat vom 6. März 2012 beschlossen. Mit dem Bundesgesetz sollen IKT-Lösungen und IT-Verfahren bundesweit konsolidiert werden. Zum Gesetzesentwurf IKT-Konsolidierungsgesetz<sup>14</sup> – 2. Stabilitätsgesetz 2012<sup>15</sup>.

### **GovCERT Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems**

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der IKT für die Verarbeitung der umfassenden Informationen und das ordnungsgemäße Funktionieren der IKT-unterstützten Verfahren der öffentlichen Verwaltung besteht für diese die Verpflichtung, eine angemessene und nachhaltige Informationssicherheit zu gewährleisten.

Das von der Arbeitsgruppe GovCERT-ISMS zur Verfügung gestellte Dokument<sup>16</sup> soll bei der Einführung eines zeitgerechten Informationssicherheits-Managementsystems Unterstützung bieten.

## **IKT Sicherheitsstrategie – Cyber Security Strategie**



Am 16. November wurde mit dem Kickoff der „IKT Sicherheitsstrategie für Österreich“ – auf Basis der sicherheitspolitischen Grundlagen und im Rahmen des österreichischen Programms zum Schutz kritischer Infrastrukturen – die Erarbeitung einer nationalen IKT-Sicherheitsstrategie gestartet. Innerhalb eines

halben Jahres wird ein prinzipielles Vorgehen für die Absicherung des Cyberraums und damit ein Rahmen für die verschiedenen Bereiche festgelegt werden. Die IKT Sicherheitsstrategie soll in Österreich helfen, ein gemeinsames Verständnis von den Themen Vorbeugung und Abwehr von Cyber-Bedrohungen zu erlangen und ein Zusammenrücken aller Kräfte fördern. Zentraler Punkt der IKT-Sicherheitsstrategie ist die Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges. Ziel ist es, das Thema durch Aktivitäten und Maßnahmen zu konkretisieren und daraus einen nationalen Aktions- bzw. Maßnahmenplan zu erarbeiten. Zum Kickoff Meeting wurde ein repräsentativer Querschnitt österreichischer IKT-Sicherheits-Stakeholder aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung eingeladen. Es wurden verschiedene Arbeitsgruppen zusammengestellt, welche die einzelnen Teilbereiche der Strategie erarbeiten. Die ambitionierten Zielsetzungen beinhalten u. a. eine gemeinsame, schriftliche Strategie-Unterlage, welche bis Mitte 2012 fertiggestellt werden soll.

Am 2. März 2012 präsentierte das Bundeskanzleramt das erste Zwischenergebnis der Arbeiten zur nationalen IKT-Sicherheitsstrategie, an deren Erarbeitung bislang 130 Experten in den verschiedenen Arbeitsgruppen eingebunden waren.



Auf dieser Veranstaltung sowie in nachfolgenden Meetings wurde mit Nachdruck festgehalten, dass alle derzeit laufenden österreichischen Initiativen im Bereich Cyber Security synchronisiert werden mit dem gemeinsamen Ziel aller Beteiligten: Österreich im Internet sicherer zu machen. Die VerbindungsbeamtenInnen des nationalen Sicherheitsrates sind übereingekommen, die Aktivitäten in den Bereichen des BMI (KSÖ), des BMLVS und des BKA verstärkt zu synchronisieren und die gemeinsame Strategieentwicklung im Rahmen eines Ministerratsbeschlusses abzusichern.

## **Cyber-Sicherheits-Krisenmeeting**

Aufgrund der steigenden Zahl von „Cyber-Sicherheitsvorfällen“ in Österreich wurde am 5. November 2011 ein „Krisenmeeting“ im Rahmen der öffentlichen Verwaltung einberufen und



Sofortmaßnahmen in die Wege geleitet (Muster für Strafanzeige inkl. Checkliste, technische Checkliste, Sicherheitsfolder für Mitarbeiter, usw.). Der Folder „Sind sie sicher“ mit allgemeinen Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen für Bedienstete der öffentlichen Verwaltung sowie eine Checkliste für das sichere Betreiben von Webdiensten wurde dabei erstellt und an die öffentliche Verwaltung verteilt. Gerne werden Folder und Checkliste auf Anfrage elektronisch oder physisch zur Verfügung gestellt.

## **NATO Partnership for Peace**

Am 3. November 2011 wurden bei dem Besuch einer hochrangigen NATO-Delegation in Österreich, angeführt von NATO-Botschafter Iklódy, Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten bei der Bekämpfung von Gefahren aus dem Internet diskutiert. Österreich war das erste Land, das die NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (**Partnership for Peace**) bezüglich einer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyber-Bedrohungen aus dem Netz besucht hat. Bei dem Treffen wurde u. a. der Austausch von Informationen im Bereich Cyber Security beschlossen. Mit einem Gegenbesuch – am 8. Februar 2012 im NATO Headquarter in Belgien unter Beteiligung von vier österreichischen Ministerien – wurde diese Kooperation quasi institutionalisiert. Seit diesem Zeitpunkt werden auf mehreren Sicherheitsebenen zwischen NATO und Österreich Cyber Security relevante Informationen bilateral ausgetauscht.

## **Der österreichische CERT-Verbund**

Am 11. November wurde der „CERT-Verbund“ auf nationaler Ebene konstituiert (CERT.at, GovCERT, RI-CERT, Wien-CERT, MilCERT und BRZ) und im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Ziel des österreichischen CERT-Verbundes ist es, die bisher existierenden nationalen CERTs besser zu vernetzen und eine Plattform zum Erfahrungs- und Informationsaustausch zu gewährleisten. Bis zur eigentlichen Institutionalisierung der Plattform übernimmt das GovCERT.at die Koordination dieser Aktivität.

Im Meeting des CERT-Verbundes am 26. Februar 2012 wurde deshalb auch die Etablierung einer Plattform für österreichische CERTs als erste Maßnahme beschlossen und folgende Schwerpunkte für den Informationsaustausch festgelegt:

- Best Practices/Methoden
- Einsatz von Hard- und Software
- Nationale und internationale Initiativen im CERT-Umfeld
- Finden von nationaler Expertise in spezifischen Bereichen

## **Smartphone-Policy**

Im Gremium IKT-BUND wurde die Erstellung einer bundesweit einheitlichen Strategie zur Integration von Smartphones und Tablet PCs in bestehende IKT-Infrastrukturen beschlossen.

Mit der Aufgabenstellung wurde eine Arbeits-/Projektgruppe betraut werden, wobei die Bundesbeschaffung-GmbH (BBG) bereits miteinbezogen und bei der Konzept- und Strategie-Erstellung der Investitionsschutz entsprechend berücksichtigt werden sollte.

Um die konstatierten Zielsetzungen erreichen zu können haben sich die TeilnehmerInnen der Projektgruppe in der konstituierenden Sitzung darauf verständigt, in einem ersten Schritt, die derzeitigen und in Zukunft zu erwartenden Anforderungen an mobile Plattformen als Grundlage für die weiteren Aktivitäten der Arbeitsgruppe zu erfassen.

Mit Ende 2011 liegt nunmehr ein finales, unter den individuellen Ressorts abgestimmtes Anforderungsdokument vor, dessen zentraler Anforderungskatalog in weiterer Folge u. a. von der BBG als wesentliche Grundlage für den kommenden Beschaffungszyklus von mobilen Endgeräten herangezogen wird

## **Arbeitsgruppe „Gesicherte Kommunikation“ eingerichtet**

Aufgrund des stark steigenden Bedarfs an sicheren Kommunikationsmöglichkeiten wurde die Arbeitsgruppe „Gesicherte Kommunikation“ auf Ebene der Ministerien eingerichtet. In dieser Arbeitsgruppe wird sowohl für den Bereich E-Mail als auch für den Bereich klassifizierter Dokumente an sicheren Übermittlungsmöglichkeiten gearbeitet.

## **Federate Managed Authentication System for ECAS – ISA**

Der Vorschlag Österreichs, das ECAS-System um eine Outsourced-Möglichkeit zu erweitern und rollenbasierte Zugänge zu ermöglichen („Portal-Verbund-Protokoll PVP“), wurde von der EU-Kommission aufgegriffen und in das Programm der ISA<sup>17</sup> aufgenommen. Das Projekt „Federate Managed Authentication System for ECAS“ wurde mit einem Budget von 875.000 Euro und mit einer Laufzeit bis 2014 ausgestattet.

## **Styleguide für E-Formulare auf mobilen Endgeräten**

Die Arbeitsgruppe Präsentation / Standarddaten hat aufgrund der stark steigenden Nutzung von mobilen Geräten wie Smartphones und Tablet-PCs ein White Paper zur Darstellung von E-Formularen<sup>18</sup> (Login am Referenz Server e-Government dazu erforderlich) erarbeitet.

Es wurde besonders auf die Unterstützung kleiner Displays, das Bedienkonzept der neuen Gerätegruppen, eine einfache Eingabemöglichkeit von Texten über mobile Endgeräte, unter-

schiedliche Browser und die Möglichkeit Formulare online ausfüllen zu können, Rücksicht genommen.

### **Bundesclient erfolgreich definiert**

Die Definition des „Bundesclients“ konnte 2011 erfolgreich abgeschlossen werden. Damit sollen die IKT-Arbeitsplätze der Verwaltung auf Bundesebene künftig standardisiert ausgerollt und Querschnittsanwendungen wesentlich effizienter integriert werden. Der Rollout ist für mehrere Jahre – in Abhängigkeit der Reinvestitionen und budgetären Möglichkeiten – vorgesehen.

## Internationales

### E-Government Ministerkonferenz in Poznan, Polen



Vom 17. bis 18. November 2011 fand die sechste europaweite E-Government Ministerkonferenz unter dem Motto „Borderless eGovernment Services for Europeans“ statt. Die österreichische Delegation wurde heuer von Sektionschef Manfred Matzka geleitet.

Anders als bisher wurde heuer keine formelle Ministererklärung verabschiedet, sondern es wurden vier Themen in kleinen „round tables“ unmittelbar zwischen den Ministern diskutiert.

Die vier Themen waren:

- Enabling EU citizens and businesses to interact online in a seamless digital Europe: Mutual recognition and acceptance of electronic identification (eID), authentication and e-signatures across borders.
- Seamless access to essential public services across Europe supporting the Digital Single Market.
- Long term sustainability of the European Key Large Scale Pilots for supporting the Digital Single Market.
- Strategies for better interoperability between public administrations all over Europe to facilitate cross border services.

Österreich nahm an der ersten Tischdiskussion teil, wo die Themen der elektronischen Identität (eID) und der elektronischen Signatur im Mittelpunkt standen. Die „Digitale Agenda“ und der E-Government Aktionsplan sehen eine Revision der EU-Signaturrechtlinie sowie einen neuen Rechtsakt zur gegenseitigen Anerkennung elektronischer Identitäten vor.

Die wesentlichsten Anliegen, die von Österreich in die Diskussion eingebracht, und breite Unterstützung durch die anderen Minister fanden, waren:

- eID und elektronische Signatur sollten gemeinsam betrachtet werden. Viele technische Mechanismen bestehen und dürfen nicht neu erfunden werden.
- Mit dem erfolgreichen EU-Großpilotprojekt STORK besteht eine hervorragende Basis, auf der es aufzubauen gilt. Was benötigt wird, ist ein klarer Rechtsrahmen und Aktivitäten der Europäischen Kommission zur Absicherung der Nachhaltigkeit nach Projektende.

- Es werden keine sektorspezifischen Lösungen benötigt, sondern Instrumente, die übergreifend verwendet werden können (nicht nur E-Government im engeren Sinn, sondern auch eHealth, eJustice, eBusiness, eCommerce usw.) – nur so kommt man in eine breite E-Government Nutzung; die Partnerschaft mit dem privaten Sektor, der Wirtschaft, ist ein Schlüssel für die breite Verwendung.
- Benötigt wird ein klares und möglichst einfaches Regelwerk. Keine unnötigen Regelungen!
- Für das Thema der elektronischen Signatur sind lediglich einige Punkte der Signaturrechtlinie anzupassen bzw. zu vereinfachen. Es sollen keine unnötigen neuen Bestimmungen erfunden werden.
- Für den Bereich eID müssen folgende Punkte sichergestellt werden:
  - ▶ Klare rechtliche gegenseitige Anerkennung der jeweiligen nationalen eIDs
  - ▶ klare Haftung bzw. Verantwortung des jeweiligen Staates für die von ihm ausgegebenen eIDs sowie
  - ▶ kostenlose Verifikationsmöglichkeit von eIDs (und eSignaturen) anderer Mitgliedstaaten

Insgesamt einigte man sich darauf, dass Anreize geschaffen werden müssen, um die Nutzung zu steigern. Steuervorteile bzw. Entfall von Eingabegebühren usw. bis hin zur Schaffung einer europarechtlichen Verpflichtung, für bestimmte begründete Fälle (zum Beispiel eHealth/eBanking etc.) zwingend Signaturen verwenden zu müssen, sollten diskutiert und gemeinsam eingeführt werden. Neben dem Thema der „Basisbausteine“ (wie elektronische Signatur,



elektronische Identität oder elektronische Dokumente) für ein grenzenloses E-Government für alle Europäerinnen und Europäer, waren vor allem die Bereiche Open Government bzw. Open Data sowie Cloud Computing in aller Munde und wurden breit sowohl in der Ministerrunde, als auch in der Konferenz selbst diskutiert. Als Rahmenprogramm wurde die Konferenz von einer Ausstellung begleitet, bei der jeder Mitgliedstaat mit einem Stand vertreten war.

Überdies präsentierten sich auch die einzelnen EU-Großpilotprojekte. Am österreichischen Ausstellungsstand wurden die österreichischen E-Government Best Practices vorgestellt. Hierbei stand der geschlossene E-Government Prozess von der Informationssuche und dem Anstoßen elektronischer Verfahren über die E-Government Portale HELP.gv.at und USP.gv.at sowie Länderportale, die Bearbeitung im elektronischen Back-Office unter Heranziehung zentraler Register sowie die elektronische Zustellung des Verfahrensergebnisses<sup>19</sup> und die sichere Ablage im Mittelpunkt. Vor allem die Handy-Signatur zur einfachen und sicheren elektronischen Unterschrift und die österreichische Lösung für die sichere digitale Langzeitarchivierung<sup>20</sup> stießen auf großes internationales Interesse.

## Messe – „Moderner Staat“, Berlin

Von 8. bis 9. November 2011 fand in Berlin die jährliche Messe „Moderner Staat“ statt, bei der erstmals auch Österreich Partnerland war.



Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich bei seiner Eröffnungsrede im Foyer der Messe Berlin ,  
Quelle: Behrendt und Rausch

Da der Schwerpunkt auf E-Government gelegt wurde, oblag die Hauptorganisation der Plattform Digitales Österreich. Herzstück der österreichischen Vertretung auf der Messe war das „Digitales Österreich Village“, an dem insgesamt 24 österreichische PartnerInnen ihre Innovationen präsentierten. Die 100-köpfige österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek geleitet. Eine Vielzahl von hochrangigen RednerInnen und VertreterInnen bezogen sich auf den Erfolg Österreichs im E-Government Bereich und die Vorreiterrolle, die Österreich in diesem Bereich einnimmt.



Eröffnung. v.r.n.l.: Dr. Hans-Peter Friedrich (Bundesminister des Innern), Gabriele Heinisch-Hosek (Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, Republik Österreich) .Catrin Hinkel (Geschäftsführerin, Leiterin Öffentliche Verwaltung und Gesundheitswesen Deutschland, Österreich, Schweiz, Accenture), Hans-Joachim Erbel (CEO Reed Exhibitions Deutschland GmbH, Veranstalter von MODERNER STAAT). Quelle: Behrendt und Rausch

Staatssekretärin Rogall-Grothe, Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Informationstechnik, wies darauf hin, dass Österreich seit 2006 im E-Government Ranking an der Spitze der EU-Länder liege und auch bei der Nutzung und Zufriedenheit Spitzenwerte erreichte. „Mit ein Grund dafür sei das E-Government Gesetz, welches in Österreich bereits seit vielen Jahren bestehe, während Deutschland noch an einer Umsetzung arbeite.“

Catrin Hinkel, Geschäftsführerin von Accenture Deutschland, attestierte Österreich Best-Practice-Qualitäten im E-Government Bereich. „Die Republik Österreich sei Prototyp für eine erfolgreiche Modernisierung des Staates und Vorbild bei der konsequenten technologischen Erneuerung der Verwaltung.“

Bei der Eröffnungsrede der Messe am 8. November 2011 setzte der deutsche Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hier fort und forderte eine übergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit der Behörden sowie Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit mit BürgerInnen und Unternehmen. Auch er wies auf die Vorreiterrolle Österreichs in diesen Bereichen hin.

Dass E-Government in Österreich im internationalen Vergleich gut funktioniert und angenommen wird, ist darauf zurückzuführen, dass die österreichischen E-Government-Strategien unter der „Plattform Digitales Österreich“ auf der Einbindung aller AkteurInnen sowie der engen Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und Wirtschaft basieren. Nur durch eine erfolgreiche Kooperation aller Partnerinnen und Partner können vorhandene Ressourcen effizient



eingesetzt und Synergieeffekte erzielt werden. Auch im Bereich der Automatisierung der Gerichtsbarkeit wurde Österreich, etwa vom sächsischen Staatssekretär der Justiz und für Europa, Dr. Wilfried Bernhard, eine Vorreiterrolle bestätigt. (Fotoquelle: Behrendt und Rausch)

Insgesamt 24 österreichische Partnerinstitutionen aus der öffentlichen Verwaltung und aus der Wirtschaft reisten nach Berlin, um Innovationen, Lösungen und Services zu präsentieren: Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Gesundheit, Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Justiz, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Stadt Wien, gemeinsam mit den Wirtschaftspartnern: A1 Telekom Austria, Austrian Institute of Technology, Aforms2web, A-Trust, Bundesrechenzentrum, Fabasoft, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, ITSV, SVC, Microsoft Österreich, Österreichische Post, Siemens Atos, SAP Österreich, SEC Consult, Staatsdruckerei, T-Systems Austria.

Heimische Best Practices wurden einerseits am Stand „Digitales Österreich“ und andererseits bei ExpertInnenvorträgen in der Fachkonferenz zu folgenden Themen präsentiert:

- Wirkungsvolle Verwaltungsmodernisierung durch Prozessmanagement? Erfolgreiche Praxisbeispiele in Zeiten von E-Government
- Ausgestaltung der nationalen E-Government-Strategie
- Schuldenbremse – im Alltag schon angekommen? Problemfelder inkl. Aufgabenkritik
- Veränderung des Staates durch Open Government
- Transparenz – der Kompass im Labyrinth der Transferleistungen
- Die „beste IT“ für die öffentliche Verwaltung als Treiber gesellschaftlicher Reformen
- Zerbricht die Effizienz der Verwaltung am Datenschutz oder verhindert dieser beispielsweise moderne Registerkonzepte?
- Qualitätsmanagement mit CAF – erfolgreich in Deutschland und Europa



- EU Projekte und ihre Auswirkung auf Verwaltungsprozesse und nationale Standards bzw. Architekturen
- Haushaltsrechtsreform – Vollzug, Steuerung, Verrechnung
- Professionelle Personalgewinnung und Personalauswahl – Warum öffentliche Verwaltungen ihre Personalgewinnung und Personalauswahl optimieren müssen und wie sie das tun sollten!
- Transformation des Gesundheitswesens durch moderne Informationstechnologie
- Kooperation von Verwaltungen in föderalen Systemen – Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren von ebenenübergreifender Zusammenarbeit
- Gemeinwesen und Social Media
- Wirkungsorientierte Steuerung und Leistungsvergleiche Art.91d – Chancen für Bund und Länder
- Cloud Computing und öffentliche Verwaltung: alter Hut oder ein komplexes Entwicklungsfeld?
- Wertewandel als Herausforderung; Führungskultur und Public Leadership
- Veränderungsmanagement konkret gemacht: Die Entwicklung zu kollaborativer Verwaltung und Open Government kompetent begleiten
- My Government – One Stop Informationsmanagement in der Praxis
- Gesunde Mitarbeiter – Eine Herausforderung für Führungskräfte
- E-Health – die Gesundheitsversorgung von morgen braucht grenzüberschreitende Lösungen von heute
- E-Akte
- E-Justice

Der österreichische Ausstellerstand war eine gemeinsame Kooperation mit dem Land Hessen.

## Large Scale Piloten

### SPOCS

Auf europäischer Ebene wurde 2011 die Mitarbeit am EU Large Scale Pilot Projekt SPOCS (**S**imple **P**rocedures **O**nline for **C**ross-**B**oarder **S**ervices) fortgeführt, welches die praktische Umsetzung der EU Dienstleistungsrichtlinie darstellt. Das Projekt hat Mitte des Jahres das zweite von drei Projektjahren abgeschlossen. Im „Review Meeting“ wurde der Projektfortschritt durch die Kommission im Oktober 2011 überprüft und außerordentlich positiv beurteilt. Weiters läuft seit Mitte des Jahres die Pilotierungsphase, in der die bisher im Projekt ausgearbeiteten Lösungen zur grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung zwischen den beteiligten Mitgliedsstaaten und ihren im Einsatz befindlichen nationalen Systemen getestet wird. Das Projektende ist für Ende 2012 geplant.

### STORK

Im Projekt STORK (**S**ecure **I**den**T**ity **A**cr**O**ss **B**o**R**ders **L**in**K**ed), einem weiteren Large Scale Projekt auf europäischer Ebene, gab es eine intensive Mitarbeit des BKA. Das Projekt STORK (Secure Identity Across Borders Linked) gehört zum Programmpaket „Innovative Verwaltung und öffentliche Services“. Es ermöglicht grenzüberschreitende Authentifizierung mit Hilfe nationaler elektronischer Identitäten. In Real Life Pilots wurde das Zusammenspiel der österreichischen Bürgerkarten mit Applikationen anderer Mitgliedstaaten getestet, ebenso wie ausländische „Bürgerkarten“ zusammen mit österreichischen e-Government Applikationen. Das Projekt endete mit Ende letzten Jahres. STORK ist unter anderem durch eine sehr aktive Rolle von Österreich zu einem großen Erfolg geworden.

Das Projekt STORK 2.0 setzt auf die Ergebnisse des Vorgängerprojekts auf. Es soll nun die Wirtschaft und deren speziellen Anforderungen bezüglich paneuropäischer elektronischer Identität und Authentifizierung analysieren und umsetzen. Österreich nimmt an diesem Projekt in Form einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE STORK.AT) von sieben österreichischen Partnern teil. Projektfindung und Definition war im Plan, ebenso die Gründung der ARGE und der interne Kickoff. Das Projekt startet offiziell mit April 2012.

Weitere [Informationen zu den „Large Scale Piloten“](#)<sup>21</sup> (epSOS, PEPPOL, SPOCS, STORK und e-Codex) finden Sie auf der Webseite der Plattform Digitales Österreich<sup>22</sup>:

## E-Government Lösungen für Griechenland

Das BKA wurde gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten eingeladen im Bereich „der IKT in der Verwaltung“ Unterstützung zu leisten. Dazu wurde gemeinsam mit der Task Force und den Mitgliedstaaten eine Themenabgrenzung vorgenommen und in den Sitzungen in Brüssel als

auch direkt vor Ort in Athen die Projektumsetzung konkretisiert. Es liegt bereits ein Entwurf eines Projektplans für die Umsetzung der Themenbereiche vor.

Folgende Abstimmungssitzungen haben gemeinsam mit Vertretern Griechenlands und der Task Force stattgefunden:

- 6.12.2011      Brüssel – erste Abstimmungsrunde zur Identifikation der Themen im Bereich E-Government
- 31.1.-1.2.      Athen – Zweitages-Workshop BKA und GR mit Minister zur Konkretisierung der Themen
- 6.3.            Hannover – Task Force gemeinsam mit GR Abstimmung der Umsetzungen Es ist geplant, bis Ende März den Projektplan zu finalisieren. Dabei sind bereits die detaillierten Zeit- und Ressourcenpläne abgestimmt. Folgende Themen werden im Rahmen des E-Governments von Österreich wahrgenommen:

- E-Identity
- Register
- ELAK – Workflowsystem sowie elektronische Zustellung
- Digitales Langzeitarchiv

## Übersicht von Delegationen

Im Berichtszeitraum wurden Delegationen aus verschiedenen Ländern empfangen. Dazu zählen unter anderem:

- Bulgarien
- Taiwan
- Türkei
- Japan
- Indonesien
- Rumänien
- Deutschland
- Russland

## Impressum & Offenlegung

gemäß Mediengesetz BGBl. Nr. 314/1981 idF BGBl. I Nr. 151/2005

### **Grundlegende Richtung:**

Informationen über aktuelle Themen und Aktivitäten im Bereich IKT-Strategie des Bundes

### **Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Redaktion:**

Bundeskanzleramt

IKT-Strategie des Bundes

Abt. I/11 E-Government – Recht, Organisation und Internationales

Ballhausplatz 2, 1014 Wien

E-Mail: [ikt@bka.gv.at](mailto:ikt@bka.gv.at)

### **Zum Abonnement:**

Sollten Sie Fragen zum Abo haben oder in Zukunft keine weiteren Zusendungen wünschen, können Sie sich jederzeit auf der Webseite <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/newsletter> über den aktuellen Stand Ihres Abonnements informieren oder den Newsletter abbestellen.

Weitere Informationen zum Thema E-Government finden Sie auf unserer Website

<http://www.digitales.oesterreich.gv.at>.

White Paper zur Darstellung von E-Formularen

- <sup>1</sup> Handy-Signatur: <http://www.handy-signatur.at/>
- <sup>2</sup> FinanzOnline: <https://finanzonline.bmf.gv.at/fon/>
- <sup>3</sup> Sendstation: <http://www.sendstation.at/>
- <sup>4</sup> Finanzämter: [http://dienststellen.bmf.gv.at/ListDst\\_Auswahl.asp](http://dienststellen.bmf.gv.at/ListDst_Auswahl.asp)
- <sup>5</sup> Registrierstellen: <http://www.a-trust.at/registrierungsstellen/>
- <sup>6</sup> Folder Handy-Signatur: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=46056>
- <sup>7</sup> Word-Bestellformular Logos: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=45379>
- <sup>8</sup> E-Mail an [peter.reichstaedter@bka.gv.at](mailto:peter.reichstaedter@bka.gv.at) mit Betreff: Registrierungsstelle für Handy-Signatur
- <sup>9</sup> Webshop zur Bestellung des Folders Handy-Signatur:  
[https://www.formularservice.gv.at/forms/fscasp/content/bin/fscvext.dll?ax=COO.1.1001.1.83288&dx=C OO.1.1001.1.83191&sol\\_createclass=COO.1001.5512.1.11380](https://www.formularservice.gv.at/forms/fscasp/content/bin/fscvext.dll?ax=COO.1.1001.1.83288&dx=C OO.1.1001.1.83191&sol_createclass=COO.1001.5512.1.11380)
- <sup>10</sup> Broschüre E-Government ABC: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/DocView.axd?CobId=43072>
- <sup>11</sup> Broschüre E-Government ABC englisch: <http://digital.austria.gv.at/DocView.axd?CobId=44576>
- <sup>12</sup> Digitales Österreich: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/>
- <sup>13</sup> Digitale Agenda Europa: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0245:FIN:DE:PDF>
- <sup>14</sup> IKT-Konsolidierungsgesetz: [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME\\_00362/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00362/index.shtml)
- <sup>15</sup> 2. Stabilitätsgesetz: [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/II/II\\_01685/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/II/II_01685/index.shtml)
- <sup>16</sup> Dokument „Einführung eines Informationssicherheits-Managementsystems“:  
[http://www.ref.gv.at/uploads/media/TOP-10\\_GovCERT\\_Einfuehrung\\_eines\\_Informationssicherheits-Managementssystem.pdf](http://www.ref.gv.at/uploads/media/TOP-10_GovCERT_Einfuehrung_eines_Informationssicherheits-Managementssystem.pdf)
- <sup>17</sup> Interoperability Solutions for European Public Administrations (ISA):  
[http://ec.europa.eu/isa/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/isa/index_en.htm)
- <sup>18</sup> White Paper zur Darstellung von E-Formularen (Login erforderlich): <http://reference.e-government.gv.at/Styleguide-und-Standarddaten.299.0.html>
- <sup>19</sup> Elektronische Zustellung: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/site/5228/default.aspx>
- <sup>20</sup> Digitale Langzeitarchivierung: <http://www.bka.gv.at/site/7440/default.aspx>
- <sup>21</sup> Informationen zu den „Large Scale Piloten“:  
<http://www.digitales.oesterreich.gv.at/site/6684/default.aspx>
- <sup>22</sup> Plattform Digitales Österreich: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/>